

Ersteinst. Kollid.
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 4.50 Mk. (incl. Post-
gebühren) durch die Post bezogen
1.00 Mk. extra Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Halterungsgebühren)
durch die Post nicht erhaltbar,
kosten monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse:
Weltblatt Halle/Saale.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Inferioritätsgeld
betragt für die Kapitalisten
Praktisch war es bis zum
20. März für Wohnungsgel-
partie in der Reichshauptstadt
am 20. März 1902.
Im Reichshauptstadt
kostet die Karte 75 Pfennig.

Inferenz
für die fällige Summe
müssen Lebensdauer des wer-
mittlungsgebühren 10 Pf.
Expeditoren aufgegeben

Eingetragen in die
Polizeistempel-Liste
unter Nr. 7808

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Expedition: Geisstr. 21, Hof 2

Ein Rückblick auf den Parteitag.

Aus den Urteilen, die bis heute in bürgerlichen Blättern über den Verlauf und die Ergebnisse unseres Bündner Parteitages vorliegen, ergab sich von neuem wieder, daß die bürgerliche Presse den inneren Gehalt der proletarischen Klassenbewegung genau nach so fremd gegenüberstellt, wie vor zehn oder zwanzig Jahren. Man versteht die Sozialdemokratie nicht, und deshalb beneidet man die Vorgänge auf dem Parteitage falsch. Am nächsten spricht sich die Kreuzzeitung in ihrer geliebten Abendnummer aus. Sie erkennt an, daß der Streit zwischen Revisionisten und Marxisten nur taktischer Natur ist, daß die „gemeinschaftlichen Ziele“ immer wieder die Verbindung von selbst herbeiführen müssen und daß deshalb die gesamte deutsche Sozialdemokratie in der Bekämpfung der Bourgeoisie und in der Bekämpfung ihrer republikanischen Fehlleistungen immer vereint zusammenfassen.

Wird die Gerechtigkeit füglich das konservative Blatt zu diesem nichteren und richtigen Urteile, fordern der Satz gegen die fortschreitende Macht der Sozialdemokratie hat der Satz nicht. Die Kreuzzeitung köhnt in demselben Artikel die freimütige Presse, weil diese aus den Debatten über die Neue Welt und die Sozialistischen Monatshefte den Anfang einer endgültigen Trennung zweier Parteien in der Sozialdemokratie herauslesen will. Die Kreuzzeitung bedarf dieser Zurückweisung der freimütigen Kritik, weil sie nach wie vor an der Notwendigkeit eines neuen Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie festhält, ein solches Ausnahmegesetz aber überflüssig wäre, wenn in der Tat die Sozialdemokratie im Begriffe stände, auseinanderzufallen.

Der Satz läßt die Kreuzzeitung das richtige treffen. So offenbar auch der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen in taktischer Beziehung ist, so wenige Differenzen bestehen zwischen ihnen betreffs des Zieles der Bewegung und der Mittel, welche zur Erreichung dieses Zieles führen. Die Revisionisten glauben, wie Genosse Volzgang keine noch am Sonntag in einer großen Volksversammlung in der Münchener Stadthalle auszuführen, daß nur auf dem Wege der allmählichen Entwicklung der heutige Klassenstaat beiseite geworfen werde, und daß eine Katastrophe durchaus ausgeschlossen sei. Die Mehrheit der Partei sieht dagegen auf dem Standpunkte, daß diese „allmähliche Entwicklung“ zwar die angenehme Lösung der sozialen Frage wäre, daß sie auch dem friedlichen Wesen des Sozialismus am besten entspräche, daß aber die Sozialdemokratie nicht nach ihrem Willen den Gang der Entwicklung wählen und bestimmen kann, sondern daß dieser von dem kapitalistischen Klassenstaat bestimmt wird und daß nicht angenommen werden kann, die herrschenden Gewalten würden ruhig zusehen, bis eines Tages die Sozialdemokratie die politische Macht erobert hat. Nicht durch die Sozialdemokratie sondern durch die im kapitalistischen Klassenstaat herrschenden Gewalten ist darum die Herbeiführung einer Katastrophe zu erwarten. Die Revisionisten leugnen die Möglichkeit einer solchen Katastrophe, und daraus ergeben sich in letzter Linie alle Unterwürdigkeiten betreffs der einschlägigen Taktik.

Daß die organisierte Arbeiterklasse überall, wie es nur irgend möglich ist, durch Teilnahme an den Wahlen sich Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse in Staat und Gemeinde nehmen soll, darüber besteht eine Meinungsverschiedenheit nicht. Die Mehrheit wird aber von den Gegnern der revisionistischen Richtung, die in Bayern, Seine, Danzig, Genu und anderen ihre Vertretung finden, bekämpft. Der Arbeiterklasse werde die Grundlage ihres Klassenbewußtseins und des Klassenkampfes gerührt, wenn ihnen vorgemalt wird, die soziale Frage werde sich in Harmonie mit den herrschenden Gewalten lösen lassen durch eine „allmähliche Entwicklung“.

Selbst wenn die Revisionisten das nicht wollen, so müßte durch sie die proletarische Klassenbewegung in den Sumpf des Opportunismus geraten. Die Gegner der Sozialdemokratie wünschen nichts schlimmer als das. Darum stehen sie einmütig auf Seite Benfaisins. Indem jedoch der Parteitag den Genossen David nicht wieder zum Kontrollleur wählte, hat er ungenügend zu erkennen gegeben, daß er in seiner großen Mehrheit von der revisionistischen Richtung der Sozialistischen Monatshefte nicht wissen will. Den Anträgen, die ein Gegenüber gegen die Sozialistischen Monatshefte von Partei wegen verlangt, mußte der Erfolg verweigert werden, weil das tatsächlich gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Einschränkung der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei. Dazu wird der Parteitag niemals die Hand reichen. Ist doch sogar der Erfurter Beschluß von 1891, durch welchen damals die „Jungen“ wegen Schädigung der Partei ausgeschlossen wurden, in München wieder aufgehoben worden, so daß alle damals vom Ausschluß Betroffenen wieder einer sozialdemokratischen Parteiorganisation beitreten dürfen.

Von den anderen in München verhandelten Fragen waren die Referate von Benfaisins über die Arbeitervereinerklärung und die von Benfaisins über die Kommunalpolitik besonders hervorzuheben. Es lag in der Natur der Sache, daß die Referate nachher durch Annahme von Resolutionen vorläufige Erledigung fanden. Die Arbeitervereinerklärung wird der Reichstagsaktion Stoff zu parlamentarischen Vorgehen geben, und die Vorschläge über die Kommunalpolitik werden von einer größeren Kommission bis zum nächsten Parteitage geschickt werden. Die Alkoholfrage führte nicht zu längeren Debatten. So einig der Parteitag in der Lieberzeugung war, daß reichlicher Alkoholgenuss einer der schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung und ihrer Erhaltung ist, so wenig konnte er sich dafür entscheiden, die Alkoholfrage zur Parteifrage zu machen, und Gen. Vos sprach die Lieberzeugung vieler Delegierten aus, als er humoristisch meinte, wie die Religion Verursacher jedes einzelnen Liebens solle, so müßte auch die Alkoholfrage der letzten Instanz des einzelnen überlassen werden. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß nicht bei passenden Gelegenheiten auf die schweren Gefahren des Alkoholgenusses nachdrücklich hingewiesen werden kann.

Der nächste Parteitag wird in Dresden stattfinden. Bis dahin wird die deutsche Arbeiterklasse die Reichstagswahlen durchgemacht haben. Diese Wahlen werden den Gegnern zeigen, daß der Münchener Parteitag nicht fruchtlos war, und daß das deutsche Proletariat vollständig einig ist in dem Be-

streben, der Ausbeutung auf allen Gebieten ein möglichst schnelles Ziel zu setzen. „Vorwärts zum Kampf! Vorwärts zum Sieg!“ Mit diesen Worten schloß Senger die Verhandlungen. Diese Worte werden kräftigsten Wiederhall finden in Millionen treuer Proletarierherzen. Jeder einzelne wird mit dem Ruf: „Vorwärts zum Sieg!“ die Reaktion auf allen Gebieten niederringen zu helfen.

Die Zeiten sind bitter; die zu erwartenden Kämpfe sind schwerer als jemals. Aber trotzig und unbegänglich als je hält auch die Arbeiterklasse das rote Banner hoch zum einigigen Siege.

Zweite Lesung des Zolltarifs.

Am gestrigen Montag ist die Zollkommission zur zweiten Lesung des Tarifs zusammengetreten. Die Mehrheitspartei hoffen, die zweite Lesung bis Mitte Oktober beenden zu können, jedoch nach Zusammenstellung der Beschlüsse, also etwa Anfang November, die Vorlesung an das Plenum des Reichstages gelangen kann. Geschäftsverlauf verläuft, der Reichstag werde nicht bereits am den 14. Oktober, bis zu welchem Termin er verlagert worden ist, zusammenberufen werden, wenn sich bis dahin nicht die Fertigstellung der Kommissionsarbeit übersehen lasse.

Den Budgetbehörden liegt natürlich sehr viel daran, die Kommissionsarbeit möglichst schnell zu Ende zu bringen, damit für die Beratung des Tarifs im Plenum eine recht lange Zeit übrig bleibt. Die Zollner liegen deshalb durch den Vorliegenden Bericht gestern vorgelegten, es sollten nur gewisse ausgewählte Resolutionen des Tarifs in der zweiten Lesung behandelt werden. Die Opposition widersprach diesen Vorschlägen, der jedoch angenommen wurde.

Nachdem der 1. Abschnitt der Resolution 1 bis 7 unanfechtbar zur Beratung gestellt werden war, erörterte Stadthagen in einer dreißigminütigen Rede die Gründe, die gegen die Verwallung der in diesem Abschnitt aufgeführten Nahrungsmitteleinfuhrungen. Es handelt sich dabei um die Getreidearten, Hülsenfrüchte, Sämereien, Knollen, Wurzelgewächse, Gärtnererzeugnisse, Obst, Süßholzwurzel, Kolonialwaren u. s. w. Auch die wirklich nicht zu leugnenden kleinen Grundbesitzer würden durch die Zölle schwer geschädigt, während die Großgrundbesitzer allein reichliche Gewinne aus diesen Zöllen zögen. Das sei ein Diebstahl an groß. Wer für Protzölle stimme, stimme für den Vorkriegszustand.

— Meiner beibringt dann die landwirtschaftlichen Produktionskosten und das Verhältnis zwischen Grundrente und Arbeitslohn.

Die Zollner unterließen sich während der Rede so laut, daß Stadthagen nicht vernehmlich war. Anfolge einer Unterbrechung durch den Vorsitzenden Nettich kam es zwischen Diebold und Stadthagen zu einer heftigen Auseinandersetzung, bei der Nettich einen Ordnungsruf an Stadthagen erteilte. Und als Stadthagen den Zollner kurzweilig, sie wollten die vorgetragenen Gründe nicht hören, rief Abg. Paasche (notifiz.) dazwischen: „Wir wollen sie auch nicht hören.“

Herrn Thompsons verlorener Sohn.

Von Bret Sartre. Uebersetzt von Wilhelm Gange.

Verwundert war es bei dieser Gelegenheit, daß Herr Thompson sich länger als gewöhnlich auf den Strohhalm hingehalten hatte. Als er sein Amtlich wieder der Stadt zumandte, kimmerten in der Ferne bereits die Wälder, und ein gewaltthätiger Wind, sichtbar durch die über einander rollenden Nebelwolken, trieb ihn bald vor sich her, bald lauerte er ihm an den Stragenden der einamen Vorstadt auf, um ihn dann hinterhins anzugreifen. Es war an einer dieser Stragenden, wo etwas anderes als der Wind, aber eben so formlos und heimtückisch wie dieser, mit einem Blitze, einer geladenen Pistole und einer Geldforderung auf ihn zusprang. Aber der Wind trieb ihn auf einen eiernen Willen und eine stählerne Faust. Der Angreifer und der Angegriffene rollten beide zu Boden. Aber im nächsten Augenblick war der Greis wieder auf den Beinen — mit der einen Hand die erbeutete Pistole umfummelnd, mit der anderen eine Wunde, heruntergetroffene, jugendliche Gestalt bei der Gurgel festhaltend.

„Dein Name, junger Mensch?“ fragte Herr Thompson, seine dünnen Lippen zammelschnellend.

„Thompson!“

„Des alten Mannes Name gibt dich den Gurgel auf den Arm des Gefangenen, hielt ihn aber immer noch frampfhaltig fest.“

„Karl Thompson, folge mir,“ sagte er und nahm seinen Gefangenen mit sich zum Gange.

Von den Erklärungen, welche dort zwischen den beiden abgegeben sind, ist nichts bekannt geworden; aber am andern Morgen wachte die ganze Stadt, daß Herr Thompson seinen Sohn wiedergefunden hatte.

Es muß hier bemerkt werden, daß der junge Mann in seinem Ansehen und in seiner Manieren nichts an sich hatte, um die den mitgeteilte Geschichte wahrscheinlich zu machen.

Ernsthaft, eingesogen und merkwürdig hüßlich, war er ganz Ergebenheit gegen seinen eben wiedergefundenen Vater. Bei dem Gehör der Vorteile und der Erfüllung der Pflichten seiner neuen Stellung, ließ er sich nicht von diebe und diebe und Gerst an den Tag — etwas durchaus Seltenes in der Gesellschaft San Franziscos. Auch verachtete viele diese Eigenschaft als einen Hang zum „Altenheimen“, während andere darin ein Erbteil des Vaters erblickten und prophezeiten, daß der Sohn in seinen alten Tagen ganz diebe diebe zeigen würde. Aber alle waren darin einig, daß sie nicht unvorbereitet sei mit dem Talent, viel Geld zu verdienen, wegen dessen Vater und Sohn jedermanns Achtung genossen.

Und doch schien der alte Mann nicht glücklich zu sein. Vielleicht lag der Grund darin, daß dieser praktische Geist nach Vermittlung seiner Wünsche kein Ziel mehr hatte. Dem er nachgehen konnte, weil er auch — und das ist das Wahrnehmendste — hatte er nur wenig Liebe zu dem wiedergefundenen Sohne.

Der Gehoriam, den er heampredigte, wurde ihm ganz aus freien Stücken gewährt; die Befehle des Vaters, auf die es von ihm abgesehen genossen, ließ nichts zu wünschen übrig; und doch schien nicht von allem ihm zu berriedigen. Indem er den verirrten Sohn ins Vaterhaus zurückführte, hatte er alles gethan, was seine religiösen Pflichten ihm geboten, aber — das Werk schien der rechten Weisheit zu ermangeln. In seiner Innigkeit lag es wieder die Parabel von verlorenen Schöpfung zu erzählen, welche die alte Mann nach einem anderen Grund genommen — und fand, daß er es verstanden hatte, das Heft der Wiederkehrung zu feiern. Dieses Heft schien ihm die Eigenart eines Sakraments zu haben, in hohem Grade geeignet, ihn seinem Sohne zu nähern; und es entsetzte er sich denn, etwa ein Jahr nach Karls Rückkehr, ihm zu Ehren nachträglich den Tag festlich zu begehen.

Und alle ein, Karl, sagte er trocken. „Alle, die wissen, daß ich dich aus den Döbeln der Ungelehrtheit und aus der Gesellschaft ledigerlicher Weiber errettet habe.“ Und sie alle ein, auf daß sie mit uns essen, trinken und fröhlich sein.

Welche hatte der alte Mann noch einen anderen Grund, den er sich nur nicht selbst ganz eingestehen mochte. Das schüchtern Haus, das er sich auf den Sandhügeln gebaut hatte, erschien ihm monoton leer und einsam, und zumellen übertraute er sich dabei, wie er vertriebe aus Karls ersten Jagen das Ge-

sicht des kleinen Knaben zusammenzustellen, an das er nur eine undeutliche Erinnerung aus der Vergangenheit besaß, mit dem aber in der letzten Zeit keine Gedanken sich über viel besaß, mit dem aber — ein Leben von diebe und diebe und Gerst — er glaubte... Als er eines Tages in sein Stammzimmer trat, fand er darin das Kind eines feiner Diensthofen, das sich zufällig dorthin verirrt hatte, und gern würde er es in die Arme geschlossen haben, wenn der Kleine nicht aus Angst vor seinem graubärtigen Gehalt die Flucht ergriffen hätte. Er hielt es darum für einen ungemein verhängnisvollen Witz, eine Anzahl junger Leute zu sich ins Haus zu laden und sich dann aus San Franziscos Jungfrauenreich eine Schwiegermutter zu erziehen. Und dann ein Kind — ein Knabe, den er erziehen und — lieben konnte wie — wie er Karl nicht liebte...

Wir waren alle von der Partie. Auch die Emittis und die Jones und die Browns und die Robinsons waren gekommen — alle durchdrungen von den besten Vorlesungen für zu amüsierten und alle im Besitz jener arminativen Winterzeit, die sich durch feinerlei Meißel vor dem Gellagerer überlein lag und welche für die meisten von uns etwas so Begehrtes hat. Es würde wahrnehmlich etwas toll hergegangene sein, wenn die Akteure sich nicht durch ihre gellöcherliche Stellung beengt gefühlt hätten.

Herr Braun Tibbits, ein geborener Komiker, der den Humor zu schätzen wußte, wo er ihn fand, betrug sich angeleitet durch die funkelnden Augen der Frau Jones, so aufwändig, daß Herr Karl Thompson sich ernstlich durch ihn beunruhigt fühlte, auf ihn zuzutreten und mit ruhigem Vadeln zu ihm sagte:

„Die schmecken nicht recht wohl zu sein, Herr Tibbits, gefallten Sie mir, Sie zu Ihrem Wägen zu begleiten. — Meinem Wägen, Hund, oder ich werde dich aus dem Fenster. — Hier hinaus, wenn ich bitten darf; in der That, es ist schrecklich jämüml im Zimmer.“ (Schluß folgt.)

Weiteres.

— Teilnehmend. Schwiegermutter: Ich weiß nicht — ich habe heute so furchterliche Magenämmergen!
Schwiegermutter: Sollten Sie vielleicht auf Versehen einige Bosheiten verhandelt haben, liebe Schwiegermutter?

h. Wagnenheim (links) tritt für noch höhere Zölle ein. Die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte sind seiner Meinung nach viel zu niedrig, die Zölle für Industrieprodukte dagegen zu hoch.

Sein (Zentr.) meint, Stadthagen habe seine Rede wahrscheinlich von dem Wüchsern Parteigänger nicht loswerden können. (Lärm: Lächerlich!) Die Sozialdemokratie werde noch ihre Gegnerschaft gegen die Getreidezölle beweisen.

Graf Vosabomski: Zölle, wie sie Freiherr v. Wagnenheim verlangt, sind unübersichtbar. Es giebt nur zwei Wege: Entweder wird der Tarif angezogen in der von der Regierung vorgelegten Form, oder es geht der alte Tarif weiter. Auf höhere Zölle, als die im Entwurf vorgelegenen gehen die anderen Staaten nicht ein.

Müller-Sagan hebt hervor, daß durch den Landwirthschaftlichen Reichsausschuß zum Nachtheil des landwirthschaftlichen Kleinbetriebes noch mehr beabzogen werde.

Ein von Spahn (Zentr.) gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Beim Schluß auf Rattoffen behauptet Aredt unter großem Gelächter, es handle sich nicht um einen Rattoffelsoß sondern nur um einen Zoll auf Lyngstarrtoffel. Wagnenheim will den Zoll von 1 Mfl. pro Doppelpentner für das ganze Jahr getten lassen. — Die Regierungsvorlage wird schließlich angenommen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag vorm. 9 Uhr.

Zur Fleischnot.

„Eine Fleischnot giebt es nicht!“ So behaupten unsere Agrarier. Diese Behauptung wird durch die Erfahrung des vom bairischen Landwirtschaftsrat herausgegebenen Wochenblattes des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, in dem es heißt: „Es muß zugegeben werden, daß es für den gewöhnlichen Verbraucher jetzt gerade kaum möglich ist, die Fleischpreise zu bezahlen, die für eine großstädtliche Zufuhr gefordert werden.“

Eine Erhöhung der Preise auf Fleischböden haben die Gaskritiker von München und Nürnberg beschloffen.

Zur Aufhebung der Grenzsperrre haben auch die Stadtverordneten von Elbitz und St. Johann Petitionen an die Regierung beschloffen.

Gegen die Fleischnot hat auch der jetzige Parteitag der Deutsch. Volkspartei Stellung genommen. Es wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: Der 22. Parteitag der Deutschen Volkspartei schließt sich den Vertretern an, die zur Abwendung der gegenwärtigen Fleischnot und zur Aufrechterhaltung notwendiger sanitärer Schutzmaßnahmen auf sofortige Erleichterung der Einfuhr von Schlachttvieh und Fleisch gerichtet sind. Er vermahnt sich dagegen, daß die zum Schutz der Landwirtschaft gegebenen Bestimmungen gegen die Einfuhr von Viehdiebstahl dazu ausgenutzt werden, um über dieses Ziel hinaus zum Schaden der Allgemeinheit die Einfuhr von Schlachttvieh und Fleisch ganz oder nahezu zu vereiteln, und entnimmt den gegenwärtigen Erfahrungen den unwiderleglichen Beweis dafür, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle den Interessen der Allgemeinheit und damit auch der Landwirtschaft widerspricht.

Tagesgeschichte.

Halle, 23. September.

Aut 150 Millionen Defizit!

Wie die Münchener Allg. Ztg. mitteilt, ist man in Bundesratskreisen der Ueberzeugung, daß der Fehlbetrag im nächsten Reichshaushaltsvoranschlag auf gut 150 Millionen zu schätzen ist! Also „gut“ 150 Millionen, es können also „gut“ ein paar Milliarden mehr sein. Die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches wird wirklich alle Tage schöner.

Heeresvermehrungen an allen Enden.

Unsere Heeren Militärischen können sich den Zufuhr von dem immer weiter anwachsenden Reichsdamm und die im kommenden Winter noch härtere werdende wirtschaftliche Notlage. Sie fordern für ihre ins Uferlose gehenden Pläne unverzüglich darauf los und die haarscharfsten Parteien gehen diesen Forderungen nach und häufen dadurch ihre unerschöpflichen Reizen auf die Schulden des Volkes. Die Regierung rechnet vielleicht schon mit den Brotwucher-Zerwürfnissen, die, wie von sozialdemokratischer Seite schon von Anfang erkannt wurde, zum größten Teile dem Wucher-Militarismus in den Händen gegeben werden sollen. Im nächsten Jahr wird den Reichsdamm eine neue Militärvermehrung zugehen, die geradezu ungeheuerliche Forderungen enthalten wird. Einmal wird eine Vermehrung der Kavallerie verlangt werden. Diese Krüppelgattung ist bekanntlich die kostspieligste und dabei nach dem Stande der modernen Kriegstechnik die wertloseste Waffe. Das hindert aber nicht, daß aus ganz besonderen Gründen in Deutschland Millionen für die Vermehrung der Kavallerie verwendet werden müssen. Des weitern soll eine Reuebewaffnung der Feldartillerie vorgenommen werden. Vor fünf Jahren hat erst 144 Millionen für neue Kanonen bewilligt worden, allein die Technik hat schon wieder neue und vollkommenere Vorwortezeuge geschaffen und Deutschland darf natürlich hier nicht zurückbleiben. Aber auch die Infanterie soll nicht leer ausgehen. In der Militärzeitung, dem Organe des Deutschen Offiziersvereins, wird eine neue Vermehrung der Infanterie bei gleichzeitiger definitiver Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Aussicht gestellt. Das Blatt, hinter dem hohe Offiziere stehen, erklärt, es sei unermüdlich, daß schon in nächster Zeit die Heeresvermehrung mit der Forderung einer namhaften Erhöhung des Rekruten-Contingentes und einer wenn auch nicht bedeutenden Vermehrung des Heeresstandes für den Frieden vor die Parlamente treten wird.

Die Aussichten für das Volk sind also großartig: Defizit im Reichshaushalt, Wucher und Wucherwucher, neue Steuern und Heeresvermehrungen und zum Schluß wird man auch für die Marine noch neue Forderungen erheben. Für Kulturforderungen aber ist man nicht zu haben. Das deutsche Volk wird bei den nächsten Reichstagswahlen schon die nötige Antwort auf eine derartige Regierungspolitik Bülowscher Konterre geben.

Zollkampf im Zentrumslager.

Aus Köln wird geschrieben: Am Sonnabend fand im Saale des Kolosseums eine von dem sozialdemokratischen „Zentrumsverein“ einberufene Versammlung für Zentrumszähler statt. Die königliche Volksgesinnung hatte schon vorher durch einen langen Artikel „Unter falscher

Flagge“ vor der Versammlung und dem Zentrumsverein gewarnt. Möglich, die Wahrheit auf den Kopf gestellt, behauptete der Artikel: Die Leute des Zentrumsvereins seien „durchwegs solche Persönlichkeiten, von deren Tatkraft für die Zentrums-partei man bisher ganz und gar nichts gehört hat, die aber um so mehr geneigt sind, der Zentrums-partei, der sie angeblich dienen wollen, in schwierigen Situationen Knüttel zwischen die Beine zu werfen“. Der das geschrieben hat, kann viele Behauptungen nur wider besseres Wissen aufstellen. Denn die Wortführer der Jollopopposition unter den katholischen Arbeitern in und um Köln sind sämtlich bei den bisherigen Wahlen die denkbar eifrigsten Werber für die Sache des Zentrums und ebenso heftige Widersacher der Sozialdemokratie gewesen. Wie sie sich freilich bei der nächsten Wahl verhalten werden, das steht auf einem anderen Blatt. Daß gelingend werden die aufstrebenden katholischen Arbeiter bis zur Reichstagswahl zur Ruhe zu bringen, das erscheint nach der Versammlung vom Sonnabend zweifelhafter als je.

Der Kampf mit „geistigen Wölfen“ hat die Zentrums-partei gegenüber der Opposition innerhalb ihrer eigenen Reihe an-die-selbständig aufgetreten mit der Beschuldigung: sie seien auf Treiben von Zentrumsseite infolge ihrer Opposition brotlos gemacht worden. Die betreffenden Arbeit-geber sind bis jetzt die Antwort schuldig geblieben.

Anstatt, daß am Sonnabend die in Köln in erheblicher Zahl anwesenden namhaften Zentrumsführer in die Versammlung gingen, um ihre in der Versammlung angedeutete Haltung in den Jollopfragen zu rechtfertigen, daß sich eine Schaar von Zentrums-anhängern aus jenen Kreisen, welche die Kleinarbeit mochten, zusammen, um die Versammlung zur höheren Ehre des Brotwucher-Zentrums niederzubrühen. Man sah dort schon zeitig und fast vollständig den Köhler Winderstich-Bund, die Leiter des christlichen Polgarbeiter-Verbandes, das Personal der Firma F. W. Baden (königliche Volksgesinnung und Köhler-Vorkämpfer) und ähnliche Elemente, die für das Zentrum durch die und dünn gehen. Als nach 8 1/2 Uhr die Versammlung eröffnet wurde und der Vorsitzende des Zentrums-vereins dem angekündigten Redner das Wort erteilte, erhob sich ein vielstimmiges lautes Rufen nach Burenauwahl! Und nun entpuppte sich, daß die Einfuhr der Versammlung nicht aus der Hand gehen wollten, ein zweiseitiger Kampf. Man pflog erregte Gesichtsausdrücke. Meist aber veranfaßte man einen Nudau durch Hühnerstampeln, tafelmäßiges Händelstinken, Trommeln mit Biergläsern, Singen und Heulen. Etwas Ähnliches dürfte im Versammlungsleben des Zentrums noch nicht dagewesen sein. Somit lassen sich diese Anhänger des Zentrums in ihren Vereinen und Versammlungen von der Geistlichkeit schlimmer leitmachen, als wenn sie unumwundene Kinder wären; hier aber forderten sie auf einmal eine demokratische Handhabung. Allerdings als es hier, Arbeiter niederzuküppeln, die sich gegen die Verteuerung ihrer notdürftigen Lebens-mittel wehren. Endlich gegen 11 Uhr ergaben sich die Einberufer der Versammlung und die Nudauwähler, besetzten das Bureau. Die Versammlung dauerte noch 2 1/2 Uhr nachher. Von Seiten des Zentrumsvereins wurde sofort die Lebensmittel-Verteuerungspolitik der eigenen Partei angegriffen und dem Zentrum wiederholt die Verlegung der christlichen Grund-ge-sinnung vorgeworfen. Der Vorsitzende der Versammlung, ein ultramontaner Stadtvorordner, drückte schließlich eine Reso-lution durch, die ein Vertrauensvotum für die Zentrums-fraktion darstellte. In den Thatsachen, die dem Brotwucher-Zentrum so entsetzliche Schwierigkeiten bereiten, ändert diese Reso-lution nichts.

Der Berliner „Freisinnigen“ heben sie Geil widerfahren: der Bürgermeisterrat mit der Krone ist endlich begraben. Stadtrat Gubak aufmann hat dem Stadtvorordneten-vorsitzer Dr. Kangerhans durch Schreiben vom 20. September die Erklärung aufgenommen lassen, daß er auf die Rechte aus der Wahl zum zweiten Bürgermeister von Berlin verzichte, indem er gleichzeitig für das ihm wiederholt bewiesene Vertrauen seinen herzlichsten Dank ausdrückt.

Nun können endlich die freisinnigen Mannesleute im Berliner Stadtparlament einen Mann zum Bürgermeister wählen, der beim Votum keinen Anstoß erregen kann. Öffentlich werden sie sich ihre Bürgermeister-Kandidaten von allerhöchster Stelle vorschlagen lassen. Es geht doch nichts über das Selbst-wahlungsrecht!

Die Gesellschaft für soziale Reform, jene bürgerlichen Elemente, die sich um den Erminiter v. Berlepsch scharen, ist in Köln zu einer General-Versammlung zusammengetreten. Bei der Gründung teilte der Minister v. Berlepsch mit, daß die Köhler Polizeibehörde die Abhaltung des vorgesehene Rates über die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und Erhöhung des Gehaltens für jugendliche Arbeiter in Fabriken durch Präsident v. Helldorff in aus-der-Berlin verboten habe, weil es gesetzlich unzulässig sei, daß Frauen in politischen Vereinen reden. Dem Verbot werde man sich fügen müssen; es sei indessen unbedingt erforderlich, daß man gegen derartige gesetzliche Bestimmungen an kämpfe, um sie zu Fall zu bringen. Die von tausend Personen be-suchte Versammlung nahm eine scharfe Protestresolution gegen die Fleischverteuerung an; sie ermahnt die Regierung, unter Anwendung geeigneter sanitärer Maßnahmen baldigt die Grenzsperrre aufzuheben.

Wegen Majestätsbeleidigung war vom Landgericht Weiden der Bäcker und Wirt Johann Georg Keil zu drei Monaten drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in angründlichem Zustande seinen Gästen gegenüber, als er gerade das bairische Vaterland las, erklärt, es genüge, daß wir einen Kaiser haben und dann eine Regierung gethan, die als Beleidigung des Prinzregenten vom Gericht angelesen worden ist. — Die Revision des Angeklagten wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

Ab-schaffung der Vortrefflichkeit für Dienstschreibe-n. Wie verlautet, soll die den einzelnen Behörden bisher ge-währte Vortrefflichkeit für Postleistungen, für welche der Reichs-post eine bestimmte Anzahl von Poststellen zugeordnet ist, demnächst fallen. Es heißt, daß den Behörden besondere Varen von der Postverwaltung zum Verkauf gestellt werden sollen, da sich so eine bessere Ueberfahrt über die beherrschenden Poststellen darbietet. Die einleitenden Schritte zu dieser Umänderung sollen bereits geschehen sein.

Ausland.

Frankreich. Die Keritales haben am Sonntag wieder große Massenemonstrationen und Prozessionen von Schul-kindern gegen das Vorgehen der Regierung veranstaltet. — Eine Rede hat nun auch wieder einmal der Minister-Präsident Combes gehalten. In derselben verpörrichte er die republikanische Staatsform und erklärte, daß die Regierung an ihrer antikerischen Politik festhalten werde. Gleichzeitig verstand er es, die hawinistischen Reden des Marineministers

Belletas und des Kriegsministers Andrieu in geschickter Weise zu loben. Man spricht schon davon, daß die letztgenannten Herren infolge ihrer Rede ihre Demission einreichen werden.

Holland. Die Burengenerale befinden sich zur Zeit in Holland. In Rotterdam bekümmten sie eine Anzahl von Schülern, jedenfalls im Zusammenhang mit der holländischen Schattensache. Von Rotterdam kehrten die Generale nach dem Haag zurück. Eine große Bräufleier Weibung des Standard werden die Burengenerale demnächst ein Manifest veröffentlichen, in welchem sie den Zweck ihrer Reise durch Belgien und Deutsch-land erklären. Diese Veröffentlichung wird beschloffen werden, um die Bedenken der deutschen Regierung gegen die Reise der Burengenerale durch Deutschland zu zerstreuen.

Belgien. Ein Gemüts-mensch und ein leuchtendes Vorbild seiner getreuen Unterthanen als christlicher Familienvater ist der Gottes-Gnaden-Mann Leopold von Belgien. Während seine Gemahlin auf dem Totenbette lag, weichte er mit Seelen-ruhe in Frankreich in einem Badoerte der Wunden. Dort wird er sich nicht nach Entschädigung in die Einsamkeit zurück-gezogen und über die Vergänglichkeiten alles Irdischen nachde-achtlich nachgedacht, sondern er wird seiner alten Gemahlin gemäß, sich höchst angenehmer Gesellschaft befunden haben. Der Tod seiner Frau hat ihn aber doch nach Belgien zurück-geführt, sein Fortbleiben würde ja auch beim Volke einen zu schlechten Eindruck gemacht haben, möglich, daß auch die Regie-rung der Ehrschaft seine Anwesenheit in Belgien nötig machte, denn aus Redmen und Spulatelieren besteht sich Leopold aus-gezeichnet. Bei seiner Ankunft in Spa fand er in dem Schloffe seine Tochter Stefanie, die frühere Kronprinzessin von Oester-reich, jetzige Gräfin von, vor, deren Wiederverheiratung er nicht beglückt hat. Anstatt nun die Tochter am Totenbette der Mutter weilen und wenigstens angehörit der Leiche allen Grob rufen zu lassen, jagte der königliche und natürlich auch freuz glückliche Vater die Tochter höchst selbst aus dem Schloffe heraus. Die Prinzessin Stefanie entfernte sich schweigend und weinend das Schloß.

Nicht wenig Takt zeigte anlässlich des Todes der Königin die sich des allerhöchsten Wohlwollens erweisenden Spielhöl-len von Mende und sogar von Spa, wo sich doch die Leiche der Königin befindet. Beide Institute weigerten sich, ihre Pforten als Zeichen der Trauer zu schließen. Im Gegensaße hierzu sieht das tatpöle Verhalten der Sozialisten, die doch wahr-scheinlich keine Urwäde haben, der belgischen Königsfamilie große Sympathien entgegenzubringen. In Eux erfolgte nämlich am Sonntag die Einweihung des neuen großartigen Gebäudes des Vooruit. Mit Rücksicht auf den Tod der Königin haben aber die Sozialisten, nach einem Abkommen zwischen Ansele und dem Bürgermeister Braun, auf die abendliche Feier verzichtet, bei der besonders Volksbelustigungen aller Art statt-finden sollten.

Ausland. Ein Geheimverlaß ist wiederum den russischen Revolutionären in die Hände gefallen. Trotz aller Geheim-politik, Späken und sonstigen Gewaltmaßregeln muß die Anwesenheit in diesen Kreisen ihre Ohnmacht einsehen.

Aus dem im Polizeidepartement einlaufenden Nachrichten ist so heißt es in dem Erlaß, zu ersehen, daß die Verbreitung von revolutionären Schriften unter der Landbevölkerung des Reiches in der Mehrzahl der Fälle folgendermaßen von statten geht: In diesen oder jenem Dörfchen erscheinen unbekannt junge Leute, die Gegenstand der Eifersucht aber in der Gegend wohnende oder auch zu Pferde, und verheeren in den Dörfern und Flecken Bücher und Broschüren revolutionären Inhalts oder sie ver-teilen sie unter die Bauern mit der Empfehlung, sie zu lesen und zu diesem Zweck auch weiter zu geben. Mit letztem werden diese Schriften in die Höhe und die Gebäude der Bauern und auf den Jahrmärkten den Bauern offen in ihre Wagen ge-worfen, von wo sie dann von dem Landvolk selbst in die ent-fernsten Winkel der Dörfer gebracht werden. Die ent-fernen Bücher und Schriften werden von der Landbevölkerung gern gelesen und, nachdem sie durchgesehen sind, ohne böse Absicht weiter gegeben, wobei es beobachtet worden ist, daß solche Schriften sogar öffentlich in Bauernmassen vorge-lesen worden sind. Nachdem die Bauern mit dem Inhalt der bezeichneten Litteratur bekannt geworden waren, entzündeten unter ihnen Gerüchte über die Aufteilung der Gutslandereien und mehr oder weniger gespannte Beziehungen mit den örtlichen Gutsbesitzern. Erst nach längerer Zeit erscheint die Kreispolizei zur Stelle, benurruigt durch Nachrichten über die Gärung unter den Bauern, und sie erfährt bloß, daß vorbe-gehende oder vorbeifahrende unbekannt Menschen Broschüren verteilt haben. Bei weitem nicht alle der bezeichneten Bücher und Broschüren werden selbstverständlich den Bauern weg-genommen, und die in der Gegend der Aufdeckung dieser Schriften vorgenommene Untersuchung verläuft gewöhnlich resultatlos, weil die an der Verbreitung der revolutionären Schriften Schuldigen nicht ausfindig gemacht werden konnten und sie hauptsächlich ihre Tätigkeit in eine andere Gegend verlegt haben.

Aus dem Dargelegten ist nicht schwer zu ersehen, daß in dem Kampf mit einer solchen Propaganda mit der administrativen Unter-suchung und der Wegnahme der revolutionären Schriften kein Erfolg erzielt werden kann und daß alle Bemühungen der Be-hörden in dem Kampf mit dem Bösen vor allem auf die Auf-deckung und Verhaftung der Agitatoren und Verbreiter der unterirdischen Litteratur sowie auf die Ausfindigmachung von Maßregeln, mit denen man ihrer verbrecherischen Tätigkeit vorbeugen könnte, hinauslaufen müssen. Zur Zurückdrängung dieses Fieles werden selbstverständlich die besten Kräfte der Gen-darmrie und Polizei wegen ihrer verhältnismäßig geringen Zahl und der großen Ausdehnung der Provinzschritte nicht ausreichen, weshalb Maßregeln in Angriff genommen werden müssen, die den Bauern selbst Vernunft einflößen, so daß die Bauern mit ihren eigenen Mitteln die Agitatoren an-halten und den zuständigen Behörden übergeben und überhaupt sich bei der Ausrottung des Bösen an der Wurzel mitbetheiligen. Unter den Bauern werden so vernünftige Leute sein, die bei dem Einlangen der verbrecherischen Agitatoren ihre Beifälle nicht verlagen werden. In Anbetracht des oben Dargelegten empfehle ich Em. Excellenz, den Landpolizeivorständen zu eröffnen, daß sie auf den Gemeindeversammlungen den Bauern vernünftig die ganze Unhaltbarkeit der revolutionären Lehren zu erklären haben.

Bei den letzten antijemittischen Erwallen in Gengenohau sind 155 Geschäfte zerstört worden. Der Schaden wird auf 2 Millionen Rubel geschätzt.

Afrika. Ein neuer portugiesischer Freundschafts-dienst für England wird vom Neuseeländer Bureau aus Johannesburg gemeldet. Es heißt nämlich, daß der Hafen von Natal, zwei Meilen von Durban Marquis entfernt, infolge von jüngst gepflogenen Unterhandlungen an England verpachtet worden sei.

Bald wird die ganze Delagana in englischen Besitz über-gegangen sein.

China. Der Boxer-Aufstand in der Provinz Szechwan ist noch nicht unterdrückt. Die Gebäude der

Ankunft und Abfahrt der Züge in Halle.

Abfahrt:

Richtung Thüringen.

3.24 B. — 5.45 B. — 7.50 B. S. 1-3 — 10.00 B. D. 1-2 — 10.26 B. S. — 10.32 — 10.48 B. S. 1-3
 11.22 B. S. 1-3 — 11.30 — 1.09 B. D. 1-2 — 1.16 B. — 2.10 B. — 4.00 B. S. 1-3 — 5.45 B.
 7.29 B. [bis Wittenberg] — 7.50 B. S. 1-3 — 8.50 B. [fährt bis Köthen]. 2-3. — 10.55 B.
 11.31 B. D. 1-2. — 11.46 B.

Richtung Berlin.

3.44 B. S. 1-3 — 4.45 B. D. 1-2 — 5.00 — 6.56 B. D. 1-2 — 7.02 B. — 9.06 B. S. 1-3. —
 11.00 B. — 2.10 B. — 2.46 B. D. 1-2 — 2.20 S. — 4.41 B. D. 1-2 — 5.38 B. S. 1-3. — 5.45 B. —
 6.44 B. S. 1-3. — 8.17 B. S. 1-3. — 8.50 B. [bis Wittenberg]. — 9.28 B. D. 1-2. — 12.22 B.

Richtung Leipzig.

2.57 B. — 4.33 B. — 5.43 B. — 7.30 B. — 7.45 B. S. 1-3. — 8.30 B. S. 1-3. — 9.15 B. —
 10.22 B. — 10.48 B. S. 1-3. — 12.15 B. — 1.40 B. — 3.19 B. — 5.07 B. S. 1-3. — 5.35 B. —
 S. 1-3 — 6.30 B. — 7.16 B. — 8.42 B. — 9.23 B. — 10.30 S. 1-3 — 10.50 S. 1-3 — 11.10 B. S. 1-3. —
 12.00 B.

Richtung Magdeburg.

4.55 B. — 7.00 B. 1-3 — 10.00 B. — 10.57 B. S. 1-3. — 1.40 B. — 3.45 B. — 5.53 B.
 7.14 B. S. 1-3. — 8.51 B. — 10.42 B. S. 1-3. — 12.22 B. [fährt bis Köthen].

Richtung Giesleben-Nordhausen-Kassel.

5.25 B. — 6.57 B. [fährt bis Zangerhausen]. — 7.00 B. — 9.10 B. — 11.02 B. S. 1-3. —
 12.15 Mitt. [fährt bis Giesleben]. — 2.15 B. — 3.54 B. D. 1-2. — 4.02 B. 1-3. — 6.00 B. — 9.30 B.
 [fährt bis Giesleben]. — 10.40 B. S. 1-3. — 11.31 B.

Richtung Alfersleben.

4.50 B. — 6.32 S. 1-3. — 7.55 — 11.32 — 1.41 B. S. 1-3. — 3.42 — 6.18 B. — 10.39 B.
 [ab Halberstadt Schnellzug].

Richtung Torgau-Guben.

7.45 B. S. 1-3. — 7.53 B. — 11.34 B. — 3.00 B. S. 1-3. — 6.25 B. — 11.25 B. [fährt
 bis Torgau].

Richtung Gelfstedt.

6.00 B. — 10.00 B. — 2.00 B. — 3.00 B. [bis Dölan; fährt nur Sonn- und Feiertags].
 6.30 — 7.30 — Außer vorstehenden fahren an Sonn- und Feiertagen nach Dölan noch folgende
 Züge: 2.30 B., 3.30 B., 4.00 B., 4.30 B., 6.00 B., 7.00 B., 8.00 B., 9.20 B.

Ankunft:

Richtung Thüringen.

3.40 B. S. 1-3 [von München über Weil]. — 4.41 B. D. 1-2. — 5.38 B. [kommt von
 Wernberg]. — 6.34 B. [kommt von Erfurt]. — 6.52 B. D. 1-2 [von Stuttgart u. Weimarn].
 9.2 B. S. 1-3. — 9.51 B. — 12.17 B. — 1.04 B. — 2.32 B. S. 1-3. — 4.30 B. D. 1-2 [von
 München über Jena]. — 5.05 B. — 5.23 B. S. 1-3. — 6.40 B. S. — 8.13 B. S. 1-3 [u. München
 u. Stuttgart]. — 8.34 B. — 9.21 B. D. 1-2. — 10.48 B. — 11.55 B.

Richtung Berlin.

3.19 B. — 4.37 B. — 7.38 B. [kommt von Wittenberg]. — 9.55 B. D. 1-2. — 10.15 B. —
 10.22 B. 1-3. — 10.44 S. 1-3. — 11.15 S. 1-3. — 1.05 B. D. 1-2. — 2.00 — 3.40 S. — 3.50 D. 1-2 —
 5.19 — 7.32 B. S. 1-3. — 9.04 B. — 10.32 B. D. 1-2. — 11.18 B. — 11.27 D. 1-2

Richtung Leipzig.

4.45 B. — 6.20 B. — 6.30 B. S. 1-3 — 6.50 S. 1-3 — 7.46 — 9.53 — 10.40 S. 1-3. — 10.55 B. S. 1-3.
 1.08 B. — 1.38 B. S. 1-3. — 3.37 B. — 4.28 B. — 5.30 B. — 6.58 B. [verfehrt nur Werf-
 tags]. — 7.10 B. S. 1-3. — 7.55 B. — 8.41 B. 1-3. — 9.41 B. — 10.24 B. — 10.40 B. S. 1-3. —
 12.16 B.

Richtung Magdeburg.

2.45 B. — 6.40 B. [kommt von Köthen]. — 7.38 B. S. 1-3. — 8.27 B. S. 1-3 —
 9.48 B. — 10.30 B. S. 1-3. — 1.00 B. — 3.11 B. — 5.03 B. S. 1-3. — 7.00 B. —
 9.14 B. — 10.28 B. S. 1-3.

Richtung Nordhausen-Kassel-Giesleben.

6.45 B. — 7.20 B. S. 1-3 — 9.50 B. — 1.22 B. — 2.42 B. D. 1-2. — 2.55 B. S. 1-3. —
 4.36 B. — 5.23 B. — 7.32 B. — 8.04 B. S. 1-3. — 10.27 B. — 11.00 B. [nur Sonn- u. Feiertags]

Richtung Alfersleben.

5.37 B. [kommt von Könnern und verfehrt nur Feiertags]. — 7.19 B. [von Halberstadt]. —
 10.13 B. — 12.41 B. — 4.57 B. — 5.32 B. S. 1-3. — 9.14 B. — 10.45 B. S. 1-3 — 11.38 B.

Richtung Torgau-Guben.

6.36 B. [kommt von Torgau]. — 10.16 B. — 1.02 B. S. 1-3. [Anschluß von Breslau, Wien].
 3.35 B. [kommt von Gorbuz]. — 7.43 B. — 10.04 B. — 10.28 B. S. 1-3. [Anschluß von
 Breslau, Wien].

Richtung Gelfstedt.

6.44 B. — 12.25 B. — 4.20 B. [von Dölan; fährt nur Sonn- und Feiertags]. — 5.21 B.
 7.20 B. — 9.05 B. — Außer vorstehenden kommen an Sonn- und Feiertagen von Dölan noch
 folgende Züge: 2.50 B., 3.30 B., 3.50 B., 5.50 B., 6.20 B., 6.50 B., 7.50 B., 8.50 B., 10.10 B.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 25. September cr. abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im „Weißen Hof“, Geiststraße 5.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Parteitag in München. 2. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Für Tapezierer.

Für Tapezierer.

Dekorations-Kursus.

Zu dem am 14. Oktober d. J. beginnenden Fachkursus in geometrischem Aufschnitt und Freiband-Zelation laden wir die Schwestern und Schwestern hiermit zu reiner Teilnahme höflich ein. Honorar gering. Alles Nähere, sowie die Adressen zum Einzeichnen liegen bis zum 10. Oktober bei den Kollegen H. Quante, Thomaststraße 10/11, II, und H. Köster, Sophienstraße 32, Hof 1, aus.

Die Gesehenschaft der Tapezierer zu Halle.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller
am Nieberplatz, nächste Nähe des Hauptbahnhofes.

Gastspiel von
Mlle. Tilly Bébé,
die jüngste Dompfense der Welt
mit ihren **12 Löwen.**

Der größte Dressur-Akt der Welt.
Aßerdem das große Programm:
Die phänomenalen Perez, Jean Bayer, Olga Viarda, The Holtons, Amor-Fantasie-Terzett, Rosa Berny, Drösse Velograph.

Neben Mittwoch
Schließung feiert.
Oskar Keller
Steinweg 32.
Telephon 2179.

Neu! Möbel Gebr.

Komplette Ausstattungen!

Ich empfehle in allen Preislagen und größter Auswahl alle Arten Möbel und Polsterwaren zu den billigsten Preisen. Büfchergarnituren eigenes Fabrikat.
M. Schemmel's Möbelmagazin,
Halle a. S.,
Rathausstraße Nr. 6.

Tabakpreifen

empfehle in größter Auswahl billigt
Ernst Karras jun.,
Stad. u. Weisenlager,
4 Leipzigerstraße 4.

Leitern,

solide handhafte Sorten,
Treppen-Stühle, Trittschalen,
Ballett-Tritte
billigt.
C. F. Ritter
Leipzigerstraße 90.

Wäcker! Wiederverkäufer!
Täglich frische große Wäcker
Wäcker,
billigste Tagesbrot, Graben-
steiner Apfel, Birnen.
Botho Schurig, Teichweg 4
Leipzig, Teleph. 2522.

Goeben erziehen:
Wahrer Jakob
Nr. 20.
Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch sämtliche Aus-
träger und
Die Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Nähmaschine zu kaufen gesucht.
Karz 20, Sout.

C. 25. 9. 8.

Inzerate und Abonnements

für das
Volksblatt
nehmen entgegen:
Frz. Mittag
Sondersdorf, Zöbingerstr. 1.

J. Zöller
Torgau, Wittenbergerstr.

J. Janny,
Zeißern.

L. Schmidt
Könnern, Feldberg 23 a.

Ernst Dauer
Schweidnitz bei Glesien.

Richard Schaffer
Zöbjein.

Aug. Jäckel
Eilenburg, Steinstr. 36.

Wilh. Böhm
Schkeuditz.

Alw. Müller
in Brossen b. Meuselwitz.

Karl Heiland,
Unterwerschen.

M. Mühlberg
Mühlberg a. d. E.
K. Stang
Klein-Wittenberg.

K. Klingner
Trebmitz.
Max Hartmann
Delitzsch, Neue Straße.
Räumfuhren nimmt an
Kirmse, Waffnerstraße 6.

Achtung!

Es beginnen jetzt die meisten Zeitschriften den Jahrgang 1903 und empfehlen wir u. a.:

Moderne Kunst
Ihr guten Stunde
Ueber Land und Meer
Für alle Welt
Buch für Alle
Reclams Universum
Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens.
Probehefte stehen zur Verfügung.
Aufträge nehmen entgegen alle Austräger und
Die Volksbuchhandlung
Geiststraße 21.

Die Volksbuchhandlung

Geiststraße 21
empfiehlt sich zur Lieferung aller Modenzeitungen, als:
Große Modenwelt
Kleine Modenwelt
Kindergarderobe
Die Modenwelt
Wäsche-Zeitung
Mode und Haus
Elegante Mode
Wiener Moden!
Französisch
Deutsche Modenzeitung
Blatt der Hausfrau
Säuslicher Ratgeber etc.

Universal-Radsport-Karte

für
Automobil- und Radfahrer.
Prov. Sachsen, Anhalt, Braunschweig und östl. Teil von Hannover.
Preis 1.50 M. — Schönes Taschenformat.
Zu beziehen durch sämtliche Austräger und
Die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: M. Richards.
Mittwoch den 24. September 1902
Abends 7 1/2 Uhr:
12. Vorst. i. Ab. 12. Vorst. i. F. Ab.
1. Viertel. Farbe weiß.

Des Herres u. d. Liebe Wellen.

Trauerpiel in 5 Aufzügen von
Grellbarger.

Donnerstag den 25. September 1902

Abends 7 1/2 Uhr:
13. Vorst. i. Ab. 13. Vorst. i. F. Ab.
1. Viertel. Farbe weiß.

Alexandro Stradella.

Romantische Oper in 3 Akten von
Fr. v. Flotow.
Vorher:
Cavalleria rusticana.
Oper in 1 Akt von Pietro Mascagni.

Neues Theater

Direktion E. M. Mauthner.
Mittwoch den 24. September
Abends 7 1/2 Uhr:
14. Vorst. i. Ab. 14. Vorst. i. F. Ab.
1. Viertel. Farbe weiß.

Der brave Richter.

Schwank in 3 Akten von Alex. Bisson.
Donnerstag: C. v. Wolzogen's Lustspiel
Ein unbeschriebenes Blatt.

Walhalla-Theater

Direktion: Richard Hubert.
Glänzendes Programm.
Die reizenden 5 Schwestern
Loriot
Vorpelmites u. eleg. englische Ge-
sang- und Tanz-Ensemble.
Kübel
des neuen ? Jahrsübertritts.
Die vier Brigadyrs,
Niederemonstrationen auf dem Ge-
biete der Gedächtniskunst.

Neu! Die Neu!
Vier Bozza-Julianos,
mit ihren neuen, wunderbaren musi-
kalischen Erfindungen.
Sensationelle lebende Photographien
Foscher Kaisers
Ginsia existierende Aufnahme!

Welt-Panorama, Gr. Mischtr. 01.

Kärnthner Gedrammt, Tradit.
Serie 2. Gullus.
Täglich bares Geld
erhältlich, leicht und in unbegrenzter Ab-
zahl als Nebenberuf dienlich, können
jedenfalls Personen ohne die. Nicht be-
dienen. Offerten mit Angabe jetziger
Bezahlung unter Chiffre Nr. 312
Zielan Zahler, Berlin O. 17.

Boul Hoffmann-Hamburg II konstatiert, daß sich der Hamburger Antrag nicht gegen die Abgeordneten wende. Der Antrag Hamburg II wird dem Parteivorstand zur Würdigung überwiesen.

Der Antrag Dr. Faust-Wiesbaden wird als nicht zur Kompetenz des Parteivorstandes gehörig durch Überlegung zur Tagesordnung erledigt.

Der Antrag Erfurt wird als durch frühere Beschlußfassung erledigt erklärt.

Frau Ries-Hamburg begründet ihren Antrag. Sie wissen, daß der Mainzer Parteitag nach Aufhebung des Verbindungsverbands eine Reorganisation der Partei vorgenommen hat. Es wurde damals beschlossen, daß alle Arbeit, die früher von Vertrauenspersonen geleistet war, jetzt in die politische Vereinigung zu legen sei. In Hamburg war man nun der Meinung, daß die Frauen in die politische Vereinigung eintreten können, eine besondere Organisation durch Vertrauenspersonen nicht einrichten dürfen. Man hat sich am 1. Juni 1900 geeinigt, die Arbeit bitte die Frage prinzipiell dahin zu entscheiden, daß die Frauen im Interesse der Teilung der Arbeit auf jeden Fall berechtigt sind, zur Vertretung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen, wie es meine Resolution verlangt.

Sie werden die Verhandlungen abgelesen.

Hoffmann-Berlin (verhört): Bollmer hat mich völlig mißverstanden, wenn er glaubt, ich hätte dem Wahlfreis Rosenheim das Recht bestritten wollen, drei Delegierte oder solche, die ihm passen, heranzuschicken. Das habe ich nicht gethan und Bollmer hatte sich nicht die Mühe, mich in dieser Hinsicht zu fragen. Ich habe mich nicht die Mühe gemacht, die Gründe, die ich nicht recht habe, beweisen die Annahme meines Antrages. (Geheißert.)

Nächste Sitzung Sonnabend halb 9 Uhr.

München, 20. September.

Schöffers Verhandlungsprotokoll.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr und verliest folgende Erklärung Weikers: Der Gen. Bebel hat mitgeteilt vorgevorhen, ich hätte in meinen Ausführungen die Glaubensfreiheit angegriffen. Ich habe im Gegenteil behauptet, daß die Glaubensfreiheit nicht garantiert wird durch die Trennung der Kirche vom Staat, sondern daß die große Gefahr, die die Kirche aus ohne staatliche Unterstützung auf die Gemüter ausübt, gebrochen werden muß.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt mit der Debatte über den Antrag Frau Ries-Hamburg.

Der Parteitag möge erklären:

Durch das Organisationsrat, welches der Parteitag auf seiner der sogenannten Parteitag der Frauen gegeben hat, wird in meiner Meinung das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerst erteilte Mandat berührt, zur Vertretung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen.

Im Falle Hamburg verhandelt sich gegen den Antrag und empfiehlt folgende Resolution:

Im Hinblick auf die vom Parteitag in Mainz angenommene Resolution 72, die von Berliner Genossinnen gestellt war und besagte, daß die bisherige Organisation der weiblichen Vertrauenspersonen in den Staaten aufrecht erhalten werden solle, in denen den Frauen die öffentliche Teilnahme an der politischen Tätigkeit verweigert ist, erklärt der Parteitag, daß er die oben erwähnten Resolutionen die Beibehaltung der Organisation der Genossinnen unter eigenen Vertrauenspersonen neben den allgemeinen Parteioptionen in den Bundesstaaten, in denen der Mitgliedschaft der Frauen an den bestehenden Parteioptionen geteilt nicht ist, billigt, seine Beschlüsse in dieser Hinsicht nicht in dem Sinne ändert, daß die Frauen nicht mehr recht zur Teilnahme an letzterer empfohlen.

Der Antrag würde eine Zerstückelung der Kräfte zur Folge haben, es denken auch nicht alle Genossinnen in Hamburg 10 wie Frau Ries. Prinzipiell bedeutet der Antrag Ries die Anerkennung einer männlichen und einer weiblichen Partei. Ich bin ja durchaus für die Emanzipation der Frauen. Meine Freunde in Hamburg haben mich nicht davon abgebracht, weil Du doch nicht verheiratet bist. (Große Geheißert.) Ich bin aber doch der Meinung, daß wir gemeinsam marschieren müssen.

Rosen-Hamburg: Ich bedauere es, daß Frau Ries diese rein lokale Angelegenheit vor das Forum des Parteitag gestellt hat. Wir haben vergeblich versucht, uns in Hamburg zu verständigen. Es hat sich dort gezeigt, was der Dichter singt: man kann im Bergen Minne tragen und mit Köhlen um sich schlagen. (Geheißert.) Wir sind der Meinung, daß die besondere Organisation der Frauen nur aufrecht erhalten werden soll, um den Genossinnen ein besonderes Mandat verschaffen zu können. In Hamburg können wir aber sehr gut gemeinsam arbeiten, man braucht da keine Extramittel. Wir haben fest die Frauen bei der Agitation berücksichtigt, wir haben sie nicht und recht, groß und klein, hoch und niedrig, erster und zweiter Güte 10 genommen, wie sie waren. (Große Geheißert.) Aber Frau Ries würde uns nicht ins Sandwerk. Wir können nicht anerkennen, daß die Frauen in Hamburg besondere Resolutionen erlangen könnten. Die Entschlossenheiten, die wir glänzend befreit haben, sind von den Frauen glücklich wieder eingeführt worden. Wenn Frau Ries im Triumphzuge durch Deutschland zieht, kann sie nicht Vertrauensperson in Hamburg sein. Das haben wir ihr schon gesagt, aber sie scheint es nicht zu verstehen.

Frau Bettin-Struttgart: Ich muß die Genossin Ries gegen den Vorwurf, sie habe die Kräfte der Partei durch den Parteitag zu zerstückeln, vertheidigen. Der Frau Ries muß, weil, welche anfordernde Tätigkeit Frau Ries in der Agitation entwickelt. (Sehr richtig.) Es ist deshalb sehr lobenswert, in 10 händiger und löblicher Weise von dieser außerordentlichen Tätigkeit zu sprechen. Könnte nicht Frau Ries wolle mit der Sonderorganisation sich das Mandat zum Parteitag sichern. Frau Ries ist in ganz Deutschland bekannt und geschätzt, sie kann überall ein Mandat haben. Zur Sache ist zu sagen, daß die Frauen auch in Hamburg keine Sonderbindeln treiben wollen. (Bebel: Sehr richtig.) Es handelt sich wirklich nicht um die Freizügigkeit eines Einzelantrages. (Sehr richtig.) Es handelt sich um die Leitung der Arbeit. Es ist ein weiblicher Charakter, daß sie zu einer Gleichschickung mehr Vertrauen faßt. Es ist natürlich, daß da, wo die Frauen freies politisches Betätigungsbrecht haben, sie erst dann säkular in die Wahlvereine eintritt, wenn ein organisierter Mittelpunkt in Gestalt einer weiblichen Vertrauensperson vorhanden ist. (Beil.)

Stube-Hamburg befreit, daß sich die Hamburger Genossinnen der Ansicht der Frau Ries angeschlossen hätten. Die Resolution Ries ist überflüssig. Wir können vom Wahlverein aus viel besser die Agitation leiten, als mit dem System der Vertrauenspersonen. Von den 900 Genossinnen arbeiten nur wenige in der Agitation mit. Sie wollen nur einen beeren Vorkurs annehmen, aber die unteren nicht. Es besteht wirklich ein Nebeneinander, es wird eine Zerstückelung der Vermählungen herbeigeführt. Es besteht in Hamburg ein wildes Durcheinander. Der Vorwurf der Frau Ries wird Streitigkeiten unter den Frauen hervorrufen. (Beil.) Frau Ries es bei dem Mainzer Parteitag und lehnen Sie beide Resolutionen ab.

Die Diskussion wird durch einen Schlußantrag geschlossen.

Frau Ries-Hamburg (verhört): Ich habe niemals behauptet, daß wir in Hamburg von den männlichen Parteigenossen nicht genügend in der Agitation unterstützt sind. Meine Resolution bezog sich nur eine richtige Interpretation der Resolution 72 vom Mainzer Parteitag. Das den Vorwurf, weil ich stelle den Antrag nur, um mir ein Mandat zu ermöglichen, ist Frau Bettin bereits das Nötige dazu gesagt. Was die sonstigen Unterstellungen persönlicher und geistlicher Natur be-

trifft, darauf zu antworten halte ich unter meiner Würde. Ich denke, die Genossen, die mich kennen, wissen, daß sie auf Unwahrheit beruhen. (Bravo.)

Der Antrag Ries wird hierauf angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge zur Presse. Ein Antrag der Berliner Genossinnen, die Wahlvereine für die Provinz Bogen: Die in politischer Hinsicht in Bogen erscheinende Wochenchrift 'Gesetz und Gerechtigkeit' finanziell zu unterstützen, wird von Bogens-Bogen begründet. Bebel erwidert, den Antrag dem Parteivorstand zur Ermüdung zu überweisen. Eine Unterstützung dieses Blattes könne erst in Frage kommen, wenn die Verhandlungen mit den Polen geschlichtet seien.

Der Antrag Bebel wird angenommen.

Ein Antrag von Parteigenossen in Karlsruhe: In Ermüdung zu stehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Parteioptionen der Provinz, einen den Raumverhältnissen dieser Plätze entsprechenden Wochenblatt von Partei wegen herstellen zu lassen, wird auf Antrag Adolb-Karlsruhe ebenfalls dem Parteivorstand zur Ermüdung überwiesen.

Ein Antrag von Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe: Umzufinden: Die Neue Zeit sei wieder in eine Monatschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig zu untere, wird vom Kolb-Karlsruhe bestimmt. Die Neue Zeit sei zu teuer für die Arbeiter. Auch seien die Redaktionskosten zu hoch.

Kautsky-Berlin: Durch die vorangehende Debatte bin ich ermuntert, in die Details des Redaktionsrats der Neue Zeit einzugehen. Er beläuft sich auf 10000 Mark, wie bereits gesagt. 10000 Mark enthält die Ausgabe dieser Blätter 5000 Mk. meine Meinung: Redaktionsrat besteht hauptsächlich in Berliner Briefen, er ist also eigentlich ständiger Mitarbeiter, wie es früher Bebel und Schippel waren, welche daselbst Gehalt erhielten. Sie wollen doch aber nicht behaupten, daß Redaktionsrat quantitativ oder qualitativ minderwertiger sei als die frühere Mitarbeiter Bebelns oder Schippels.

Es ist mir das Gerücht zu Ohren gekommen, daß auch Bebel zu den ständigen Mitarbeitern gehöre und für zwei Artikel im Jahre 3000 Mk. erhalte. Ich würde mich freuen, wenn ich Bebel für jeden Artikel 1500 Mk. zahlen könnte, in der That aber hat Bebel niemals ein Gehalt für seine Artikel. (Sehr richtig.) Er war ein einziger Beamter für seine Artikel. (Sehr richtig.) Der zweite Redakteur der Neue Zeit ist, wie gesagt, Bismarck. Man könnte behaupten, für eine Wochenchrift seien zwei Redakteure etwas viel. In unserer Redaktionsfähigkeit kommen aber noch eine Reihe anderer Tätigkeiten, die sehr wichtig sind. Wir haben eine Art Redaktionsrat für soziale Theorie, so hat eine Kunstschule, einen Literaturrat für Studenten, Doktoren, ja, unter dem Siegel der Vertrauensperson kann ich es Ihnen sagen, auch für Professoren. (Geheißert.) Diese Tätigkeit erstreckt sich nicht bloß auf Deutschland. Weiter haben wir für die Erziehung eines wissenschaftlichen Nachwuchses zu sorgen. Ihre gehen häufig Manuskripte ab, die nicht bloß in Deutschland, sondern in ganz Europa, Brauchstücken zu liefern, die aber viel verdienen, die man darauf aufmerksamer machen muß, wie sie arbeiten, wie sie das Thema darstellen sollen u. i. w. Genosse Bismarck hat daher sehr viel zu thun und liefert außerdem etwa 80 Seiten Druckarbeiten im Jahre Beiträge, die nicht besonders honoriert werden. Wenn man sich nicht mit dem Honorar zufrieden ist, so ist es meine Meinung, man habe es etwas verlangt, was mir gegeben wird, geschieht freiwillig. Von den 5000 Mk. geht übrigens noch manches ab, so alles, was ich an Büchern und Zeitungen für die Redaktion annehmen muß, ferner etwa 150 Mk. Zulagen für Postkosten. Auch werden meine Artikel nicht besonders honoriert. Zugunsten, daß unter Redaktionsrat Stellung für ein Grundgesetz, welches die es uns ermöglicht, größere wissenschaftliche Arbeiten zu leisten. Der heute vom Verkauf seiner wissenschaftlichen Arbeiten leben wollte, müßte verhungern. (Sehr richtig.) Aber kommen wir zu Sozialdemokraten nur zwei Arten der selben Stellung in Betracht, eine Funktion, die wir nicht haben. Ich weiß nicht, was für Sie die Neue Zeit halten, denn ich bietet sie uns die Grundlage für unsere wissenschaftliche Tätigkeit.

Der Antrag bitte ich abzulehnen. Wollen Sie die Neue Zeit auf diese Weise billiger machen, dann müßten Sie ihren Umfang wesentlich verkleinern. Wir geben jetzt 4 Bogen für 50 Bg. Mit 4 Bogen monatlich kann man aber nichts leisten.

Mit den 5000 Monatsheften kann die Neue Zeit nicht verglichen werden. Sie haben einen reichen Mann hinter sich, der das Defizit deckt, während der Parteivorstand das Defizit der Neue Zeit möglichst beschränken will. Um das Defizit bei der Neue Zeit werden Sie nicht herumtollen, sondern es wird es Sie nicht mehr zu machen, wenn es den Wert der Neue Zeit verloren hat. (Geheißert.) Sollten Reformvorschlüsse gemacht werden, die Erfolg versprechen, so werde ich zuerst dafür eintreten, den vorliegenden Antrag aber bitte ich abzulehnen.

Ein-Hamburg befreit, daß der Antrag 47. Die Höhe des Redaktionsrats hängt mit der wissenschaftlichen Erziehung zusammen. Wir haben auf unsere Anträge jetzt eine Antwort bekommen. Unsere Anträge bedeutete kein Mißtrauen gegen den Parteivorstand und die Redaktion der Neue Zeit; es lag uns völlig fern, die Redaktionsgehälter herabzusetzen zu wollen. Man feiert hier den Preis um und verächtlich, man verachtet mich, man verachtet mich, ich schuld sein und haben den Nachweis geführt, daß wir gar nichts für das Defizit können. Die Redaktionsgehälter erwidern mir nicht zu hoch. Wird aber für außerordentliche wissenschaftliche Arbeiten Gehalt bezahlt, so muß es auch extra verwendet werden. Wissenschaftliche Arbeiten sollten überhaupt mehrere Genossen ermöglicht werden, nicht nur den Genossen Kautsky. Das monatliche Ertrömen der Neue Zeit halte ich im Interesse ihres Abzuges für wünschenswert.

Fischer-Hannover wünscht eine Verbilligung des Abonnementspreises, monatliches Erscheinen und populärere Redaktionsführung der Neue Zeit.

Seutert-Apolda wünscht, daß das wöchentliche Erscheinen der Neue Zeit beibehalten werde. Die Deutschen sind sehr kritisch, man kann sie nicht in die Kasse stecken und auf die Eisenbahn legen. (Geheißert.) Sie ist als Wochenchrift aktueller.

Dr. David-Mainz wünscht die Beibehaltung der Wochenchrift. Wir müssen eine Wochenchrift und eine Monatschrift haben. Die Probleme mehren sich, Neue Zeit und Monatshefte müssen sich nicht nur selbst ernähren, sondern die Mitarbeiter der Monatshefte, nicht jedoch dem Defizit der Neue Zeit sind. Dieser Vorwurf ist von Adolb Hoffmann erhoben worden, durch ihn ist die ganze unerquickliche Debatte in den Gang gekommen. Unsere Anträge war die notwendige Antwort auf diesen Vorwurf. Die Sonne war aber noch nicht untergegangen, als ich es sah, werden, nicht nur den Genossen Volkszeitung die gemeinsamen Verhandlungen auszustreuen.

Vorsitzender Singer: Ich kann nicht gestatten, daß Sie den Artikel der Volkszeitung Volkszeitung hier in die Debatte ziehen. Das können Sie nur auf Grund eines besonderen Antrages. Ich will die Meinung der Mehrheit darüber herbeiführen, ob meine Ansicht geteilt wird.

Die Majorität stimmt der Ansicht Singers zu.

Ich wolle nur die Behauptung zurückweisen, daß hier Verdächtigungen erhoben worden seien, gegen die sich die Betroffenen nicht hätten verteidigen können. Wenn Sie mir darin zustimmen, so genügt mir das. Dieser ganz unqualifizierbare Vorwurf wurde wirklich nur durch die Volkszeitung erhoben. Das ist eine Verdächtig, die wollte ich zurückweisen.

Loth-Gommern: Ich habe die Neue Zeit abstellen müssen, denn wir in der praktischen Arbeit brauchen praktisches Material, und das ist uns in den Sozialistischen Monatsheften gegeben, nicht aber in der Neue Zeit.

Grunevald-Jena: Ich bedaure, daß hier die Debatte in Defektform geführt wird. (Große Unruhe.)

Singer: Dieser Ausdruck war durchaus unpassend.

Grunevald: Ich will nur erklären, daß mir natürlich jede Beleidigung ferngelegen hat. (Große Geheißert.) Ich habe mich nur für die Debatte interessiert, die sich hier abspielt. Ich habe Methode, als wenn wir fragen wollten, wie viel die Redakteure der Kommunalen Praxis oder die Lieberherr für den Geheimdienst bezahlt erhalten. Wir müssen es abgeben, das hier überhörderte alle Parteigenossen auf den Orientierbarer bei auch hier die Debatte geleitet werden. (Sehr richtig.) Es mir die Debatte zu führen. Der Antrag erwidert nicht, was er will. Ich liegt nur der Erfolg der Sozialistischen Monatshefte zu Grunde. Aber an der Erziehungsschule der Neue Zeit liegt das Defizit nicht. Ich halte es für richtig, wenn für die Wissenschaftler dem Parteivorstand ein Fonds zur Verfügung gestellt werden könnte, der die Ausgaben der wissenschaftlichen Tätigkeit widmen könnte, ohne Redakteure zu werden.

Bismarck-Berlin weist die Behauptung zurück, daß die Neue Zeit zu wenig Anzügen für die praktische Tätigkeit der Genossen gebe. Daß die Monatshefte gerindert worden sind, hat internalis und externalis der Partei der Meinung Bebelns gelehrt, daß es keine gibt, die die Monatshefte brauchen, weil sie das, was sie sagen wollen, in der Neue Zeit nicht sagen dürfen. Man lauert bei jedem Satz der Monatshefte darauf, ob sich nicht in die Spaltung der Partei einleitender Artikel, darin findet die Neue Zeit nicht an Artikelmanuel, sondern die Artikelmanuel. Am liebsten wird die Neue Zeit in drei Bogen drei Bogen wöchentlich geben. (Als Redner Verleichte mit den Monatsheften ziehen will, wird er daran vom Vorsitzenden gehindert.) Redner geht auf seine Redaktionsführung ein. Er könne die Mitarbeiter nicht mitschuldig machen anziehen. (Sehr richtig.) Redner hat die Redaktionen der Neue Zeit nicht die Redaktionen der Neue Zeit, die die Redaktionen wie bisher Artikel, die Anzügen für praktische Tätigkeit geben, erwähnen oder abdrucken möge.

Bebel: Der vorliegende Antrag ist von zwei entgegengesetzten Richtungen gestellt. Bei Hannover war die Ansicht, die Neue Zeit möglichst zu fördern, die Zensur des Antrages von der Meinung Bebelns, daß man sich nicht für die Neue Zeit nicht gethan hat, ja gegen sie gerichtet hat. (Sehr richtig.) Ich weiß auch noch mehr Geheißert, will es aber nicht sagen. Bebelns hat erreicht der Antrag seinen Zweck nicht. Ein wissenschaftliches Organ kann nicht ein Massenorgan sein, wenn es auf der Höhe seiner Aufgabe stehen will. Wir brauchen aber eine möglichst viele wissenschaftliche Organe, daher muß die Neue Zeit wöchentlich erscheinen. (Beil.) Es muß sein Mittel, das Defizit zu vermindern? David und Ein haben gewiß nicht direkt das Defizit dadurch vermindert, daß sie für die Monatshefte schreiben. Aber der Umstand, daß eine Reihe der hervorragenden und bekanntesten Zeitungsleute seit Jahren mitarbeiten, ist zu berücksichtigen, für die Neue Zeit, die in der Partei den Eindruck, daß sie Gegner der Neue Zeit seien und wünschten, daß sie bankrott werde. - In Bezug auf den Vorwurf, die Neue Zeit sei zu wissenschaftlich, weil Redner an der Hand von drei Nummern nach, daß in ihr eine große Menge praktischer und populärer Artikel enthalten sind.

Bebelns Sie, daß durchsichtlich auf 4/5 Seite der Neue Zeit nur ein Teil der Sozialistischen Monatshefte kommt, dann werden Sie zu einem anderen Urteil über den Wert der Neue Zeit kommen. Die Ansicht machen alle deartigen wissenschaftlichen Redaktionen, mit Ausnahme höchstens solcher, die wie Gardens Zukunft auf Sentenzen beruhen sind. (Sehr richtig.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Ein-Hamburg: Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir mit unserer Anfrage nicht beabsichtigen, gegen den Parteivorstand oder die Redakteure der Neue Zeit vorzugehen. Die Bemerkung Grunevalds von der Wagenfrage war also ganz unangebracht.

Ein-Hamburg: David hat behauptet, ich hätte gesagt, das Defizit der Neue Zeit sei durch die Monatshefte verursacht. Ich habe nur erklärt, daß der Abonnementstand der Neue Zeit infolge ihrer Populierung durch hervorragende Parteigenossen nicht die geminderte Höhe erreichte.

Ein-Hamburg: Die persönlichen Angriffe Grunevalds frage ich nicht zu beantworten, da sie von Grunevald kommen. Zur tatsächlichen Verichtigung möchte ich nur bemerken, daß ich meine Überzeugung des Bundes von Vandenberg, bevor sie Geheißert annehm, zwei Parteiverlagen angeboten habe, die sie ablehnten, weil sie glaubten, damit seien keine Wünsche zu machen. (Beil.) Was die Kommune Praxis anlangt, so würde ich mich freuen, wenn sich die Genossen mit mir in das Defizit dieses Blattes teilen würde. (Geheißert.)

Ein-Hamburg: Kautsky sagte, der Redaktionsrat der Neue Zeit sei hier angegriffen worden, denn, die Gehälter der Redakteure zu hoch fänden. Ich habe diese Frage angeschnitten, aber ausdrücklich betont, ich halte es für selbstverständlich, daß die Redakteure und Mitarbeiter auch bezahlt werden müssen. Bloch hat meiner überhördeten Bemerkung, Bloch sei als Redakteur ein unaufrichtiger Mensch, die Wendung gegeben, als hätte ich Bloch eines unaufrichtigen Anreizertums bezichtigt wollen; er hat von Willehambertum und um gesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß Bloch sich hier nicht selbst verteidigen kann, halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß ich diese Bemerkung zu natürlich nicht gemeint habe. Der ehelich meine Ausführungen beurteilt, müßte das aus daraus entnehmen. Kautskys Bemerkung war ja auch nur eine der beliebten Verdrehungen, um gegen Bloch Stimmung zu machen. Selbstverständlich habe ich nur sagen wollen, daß Bloch keine Pflicht als einer Redakteur zu haben hat, indem er Mitarbeiter zu gewinnen will. David hat einen Artikel der Volkszeitung Wortung erwidert. Da dieser ich auch gegen mich richtet, konnte man annehmen, daß David auch in meinem Namen sprach. Ich wollte daher nur erklären, daß ich eine Antwort auf diesen Artikel für unter meiner Würde halte. (Sehr gut.)

Ein-Hamburg: Ich habe die Anträge betr. die Inseratenbeilage in der Neue Zeit hervor. Ein Antrag richtet sich gegen den schändelhaften Inhalt von Annoncen, ein anderer will nur eine strengere Kontrolle der Inseratenbeilage. Beide Anträge werden dem Parteivorstand zur Ermüdung überwiesen.

Antrag auf Ermüdung des Preises des Arbeiter-Motivkalenders werden abgelehnt, nachdem sich Richard Fischer da gegen gewandt hatte.

Genau Anzahl Anträge stellen die schlechte künstlerische Ausstattung der Monatshefte im letzten Jahre fest und wünschen für die Zukunft eine auf höherem künstlerischen Niveau stehende Ausstattung.

Singer gibt noch das Resultat der Wahlen zur Parteileitung bekannt.

In den Vorstand wurden gewählt: Bebel mit 176, Singer mit 175, Gerlach mit 175, Pfannkuch mit 174, Aufer mit 174 Stimmen. (Ferner erhielten Wola Würemburg und Wöhring mit 174 Stimmen.)

In den Ausschüssen wurden gewählt: Weiker-Hannover mit 162, Kaden mit 154, Eberhart-Schwaben mit 147, Brühne-Frankfurt a. M. mit 146, Bod-Gotha mit 146, Rosen-Hamburg mit 139, Frau Bettin-Struttgart mit 138, Ged-Hannover mit 109, Frau-Berlin mit 103 Stimmen. Hiermit tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um halb 5 Uhr.

Die Kontrollkommission hat zum Vorsitzenden Weiker und als Berlin-Beauftragter.

Zum Punkt Tages liegt nur noch der Antrag Emma-E-Mühlhausen vor, daß für das neugegründete Mühlhäuser Parteibüro 20000 Mark als Kaution gestellt werde. Emma-E-Mühlhausen

bietet um Annahme des Antrages in der Form, daß er den
Vorstand zur nochmaligen Ergründung überboten wird.
Der Antrag wird, nachdem der Vorsitzende Bericht über
widerlegen hat, gegen wenige Stimmen abgelehnt.
Eine Anzahl Anträge, die eine härtere Agitation gegen das
Zentrum verlangen, werden durch die gesonnenen Debatte für
erledigt erklärt.
Eine Reihe von Anträgen auf Herausgabe eines Wahlhand-
buchs werden dem Vorstand und der Reichsstaatsrat
zur Berücksichtigung übergeben.
Es werden namentlich die zur Alkoholfrage gestellten Anträge
diskutiert. Um die bisherige Stellungnahme des Ver-
treiters der Alkoholfrage mehr wie bisher Aufmerksamkeit
schenkt, begründet
Wolff-Bodum: Hier in München ist vielleicht ein un-
geheurer Boden, um in dieser Frage Breis in die bisherigen
Ansichtungen der Partei zu legen. (Schloß) Mit schlechten
Wagen kann man über die Frage nicht weiterkommen. (Ur-
rufe.) Wir wissen alle sehr wohl, wenn wir ehrlich sein wollen,
wie uns der Alkohol in unserer Agitation für die völlige
Klärung, sondern die Aufklärungsarbeit über die Wirkungen
des Alkohols. Durch die bisherige Stellungnahme des Ver-
trags, der solche Anträge stets durch Übergang zur Tages-
ordnung erledigt hat, haben sich viele Genossen befreit ge-
föhrt in ihrem Väter. (Anruhe.) Ich meine selbstverständlich den
übergeordneten Genoss von Alkohol. In dieser Frage könnte die
deutsche Sozialdemokratie sehr viel von anderen Ländern
lernen.
Wolff-Stuttgart: Ich glaube nicht, daß der Vorredner durch
seine Ausführungen speziell hier in München Breis gelegt
hat, dazu waren sie nicht angetan? Welche Konsequenzen
würde die Annahme dieser Anträge haben? Wenn man wissen
will, was beabsichtigt wird, braucht man nur den Korresponden-
ten der Arbeiterzeitung zu lesen. Der Bericht der Alkoholfrage
müßte die Religion zur Privatangelegenheit erklären. Was ist
dann Alkoholisierung? Das ist doch ein ganz relativer Be-
griff; wo fängt denn die Gefährlichkeit des Alkohols an?
(Heiterkeit.) Ich habe noch nie etwas davon gehört, daß bei
den deutschen Arbeitern ein Entzug der Freiheit, wie bei
den Engländern, die Frage hängt mit den wirtschaftlichen Ver-
hältnissen aufs engste zusammen. Die meisten Arbeiter haben
gar nicht so viel über, um viel für Alkohol auszugeben. Im
Korrespondent der Arbeiterzeitung wird zur Bekämpfung von Ge-
sundheitsschäden völlige Abstinenz und völlige Enthaltung
von Alkoholen gefordert. Das wäre ein Eingriff in die
persönliche Freiheit, wie er noch bei keiner Partei erhört war.
Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, auch gegen ihre
Überzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn
im Herbst bei den Wingerlern, wo sicher auch mal über den
Durst getrunken wird, alles vernagt sein kann, dann müßte
für die arme Bevölkerung nach Hause bringen und in seinem
Platz eine Halbpredigt über den Mißbrauch des Alkohols
schreiben. (Große Heiterkeit.)

Der Vorsitzende erklärt, daß die Annahme der Anträge
den Genossen ein Eingriff in die persönliche Freiheit
bedeuten würde, wie er noch bei keiner Partei erhört war.
Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, auch gegen ihre
Überzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn
im Herbst bei den Wingerlern, wo sicher auch mal über den
Durst getrunken wird, alles vernagt sein kann, dann müßte
für die arme Bevölkerung nach Hause bringen und in seinem
Platz eine Halbpredigt über den Mißbrauch des Alkohols
schreiben. (Große Heiterkeit.)

Der Vorsitzende erklärt, daß die Annahme der Anträge
den Genossen ein Eingriff in die persönliche Freiheit
bedeuten würde, wie er noch bei keiner Partei erhört war.
Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, auch gegen ihre
Überzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn
im Herbst bei den Wingerlern, wo sicher auch mal über den
Durst getrunken wird, alles vernagt sein kann, dann müßte
für die arme Bevölkerung nach Hause bringen und in seinem
Platz eine Halbpredigt über den Mißbrauch des Alkohols
schreiben. (Große Heiterkeit.)

Der Vorsitzende erklärt, daß die Annahme der Anträge
den Genossen ein Eingriff in die persönliche Freiheit
bedeuten würde, wie er noch bei keiner Partei erhört war.
Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, auch gegen ihre
Überzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn
im Herbst bei den Wingerlern, wo sicher auch mal über den
Durst getrunken wird, alles vernagt sein kann, dann müßte
für die arme Bevölkerung nach Hause bringen und in seinem
Platz eine Halbpredigt über den Mißbrauch des Alkohols
schreiben. (Große Heiterkeit.)

Der Vorsitzende erklärt, daß die Annahme der Anträge
den Genossen ein Eingriff in die persönliche Freiheit
bedeuten würde, wie er noch bei keiner Partei erhört war.
Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, auch gegen ihre
Überzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn
im Herbst bei den Wingerlern, wo sicher auch mal über den
Durst getrunken wird, alles vernagt sein kann, dann müßte
für die arme Bevölkerung nach Hause bringen und in seinem
Platz eine Halbpredigt über den Mißbrauch des Alkohols
schreiben. (Große Heiterkeit.)

Der Vorsitzende erklärt, daß die Annahme der Anträge
den Genossen ein Eingriff in die persönliche Freiheit
bedeuten würde, wie er noch bei keiner Partei erhört war.
Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, auch gegen ihre
Überzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn
im Herbst bei den Wingerlern, wo sicher auch mal über den
Durst getrunken wird, alles vernagt sein kann, dann müßte
für die arme Bevölkerung nach Hause bringen und in seinem
Platz eine Halbpredigt über den Mißbrauch des Alkohols
schreiben. (Große Heiterkeit.)

Der Vorsitzende erklärt, daß die Annahme der Anträge
den Genossen ein Eingriff in die persönliche Freiheit
bedeuten würde, wie er noch bei keiner Partei erhört war.
Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, auch gegen ihre
Überzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn
im Herbst bei den Wingerlern, wo sicher auch mal über den
Durst getrunken wird, alles vernagt sein kann, dann müßte
für die arme Bevölkerung nach Hause bringen und in seinem
Platz eine Halbpredigt über den Mißbrauch des Alkohols
schreiben. (Große Heiterkeit.)

Die Resolution Schmidt wird abgelehnt.
Vorsitzender Singer: Es liegt nunmehr folgende Resolution
vorgelegt vor:
Der Parteitag beurteilt auf sich die Dienste, die dem
russischen Sozialismus von deutscher Seite in neuerer Zeit ge-
leistet werden und Bestätigung in ein unwürdiges Verhältnis
zu der russischen Revolution.
Der Parteitag ernennt die unter den schwierigsten
Verhältnissen ringenden russischen Genossen die wärmsten Sym-
pathien und die aufrichtigste Bewunderung zu ihrem helden-
mütigen Kampfe aus. Der Parteitag ernennt, daß sich zu
diesem Kampfe um die Niederwerfung der autokratischen Despotie
des Zarismus und die Erringung der russischen Freiheit die russi-
schen Sozialisten schmachten, einmütig zusammenfinden müßte,
um für das gesamte russische Volk demokratische Freiheiten zu
erringen und zugleich die Kulturwelt endlich von dem größten
Dort der Reaktion zu befreien, auf den die schließlichen Ziele
der sozialistischen Bewegung gesetzt sind.
Die Antragstellerin erklärt durch mich den Wunsch aus, daß
wir die Resolution als Manifestation gegen die russischen Brutali-
täten und zur Ehre und Bewunderung der russischen Genossen
ohne Diskussion einstimmig annehmen.
Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.
Wolff-Bodum: Berlin hätte ein Statement eines von uns
Berliner Delegierten und dem Vorstand unterzeichneten
Antrages, der den Ausschluss Wübbingers aus der Partei vom
21. Oktober 1891 in Frankfurt erhalten wird.
Schmalzfeldt-Bremherben beantragt, den Beschluß vom
21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner Iogenannten
"Angebot" bezieht, verhandelt aufzugeben. Wir sind eine Partei
der Arbeiter, wir müssen es auch verstehen zu vergeben
und vergeben. (Bravo.)
Der Antrag Schmalzfeldt wird angenommen. (Bravo.)

Lokales und Provinzielles.

Unter die Kräfte des Rabattsparevereins
kommt man nun allmählich auch in anderen Kreisen, als denen
der Arbeiter, wels letztere von vornherein der ganzen Rabatt-
sparevereinspieler mißtraulich gegenüberstanden und durch ihre
Zugehörigkeit zu dem Konjunkturverein davon ferngehalten blieben.
In den beiden letzten Nummern des Generalanzeigers besagen
zwei Eristen bitterböse die geschäftlichen Konjunkturverhältnisse
mit ersten Eingangs wird wie von Frau zu denen gegeben
"daß sie zur Bildung des Rabattvereins nicht 200 -
sondern bedeutend mehr dafür auszugeben hat, abgesehen von
den Marken, die verloren gehen und denjenigen, die sie in
manchen Geschäften, wenn sie solche nicht direkt fordert, nicht
einmal erhält. - Gleichwohl Rabattvereins gewährt der Rabatt-
verein, so will er seine Realität dokumentieren, aber wie
sieht es denn mit den Verkaufspreisen? Was hat die spär-
liche Gansfrau davon, bei einem Einkauf von 200 - 300 M.
einmal 10 M. zu erhalten, wenn sie anderweitig, gleich beim
Einkauf 20 - 30 M. und noch mehr spart?"

Angefangene Affordarbeit

Die Angefangene Affordarbeit
müß beendet werden, auch wenn keine Kündigung befristet. So
entschied am Freitag das hiesige Gewerbegericht in einer Ver-
handlung gegen die bekannte Waggonfabrik Gottfried Lindner.
Dem Schloffer Wenzel wurden bei seinem Abgange aus der
Lindnerschen Fabrik 21 M. Wochenlohn zurückbehalten, weil er
die angefangene Affordarbeit nicht beendet hatte. Der Kläger
hatte eine Affordarbeit für mehrere Hundert Mark angefangen
und damals, als jene Firma die Metallarbeiter zwingen wollte,
aus dem Verband auszutreten, Forderungen gemacht. Hierzu
gläubte der Kläger berechtigt zu sein, da ein Kündigungs-
verhältnis in dem Betriebe nicht besteht. Die Firma
sah sich aber mit der Zurückhaltung der 21 M. auf die Fabrik-
ordnung, nach der Arbeiter, welche die übernommene Arbeit
nicht beendet, bei der Klüßung des Arbeitsverhältnisses
mit Strafen bis zur Höhe des durchschnittlichen Wochenlohnes
belegt werden können. In einem früheren Termin war an-
geordnet worden, den Werkmeister Dannebaum darüber zu ver-
nehmen, ob der Kläger ein selbständiger Arbeiter war und ob
eine Schade bei das Geschäft nach dem Weggange des Klägers
an anderer Schloffer die Arbeit fortsetzen bzw. fertigstellen
konnte. Werkmeister Dannebaum bezeugte, daß sich der Kläger
auf jene Arbeit eingearbeitet hatte und er damals in dem Be-
triebe der einzige Schloffer gewesen sei, der die Waggon ohne
Schaden für das Geschäft fertigstellen konnte.

Der Vertreter des Klägers, Geschäftsführer K. A. H. n. bestritt,
daß der Kläger damals der einzige Schloffer gewesen sei, der
die Arbeit fortstellen konnte. Er habe vor der Übernahme der
des Klägers das gewöhnliche Arbeiten verrichtet und als sog.
Felsler gearbeitet. Ueberhaupt würde die in der Firma Lindner
hergestellten Gegenstände keine Kunstarbeiten. Der Meister
gelte gewöhnlich die Arbeiten vor und übernehme damit die
Verantwortung und Garantie dafür, daß alles poßt. Der
Kläger war berechtigt, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen,
da keine Kündigung bestand. Die Firma hätte den Wochenlohn
von 21 M. innebehalten können, wenn der Kläger das Arbeits-
verhältnis widerrechtlich gelöst hätte. Aber von einer wider-
rechtlichen Lösung war keine Rede, und die Firma müßte des-
halb zurückerstattet werden, die 21 M. Wochenlohn zurückzugeben.
Anderes Gewerbegericht hätte in ähnlichen Fällen zu gunsten
des Klägers entschieden. Es sei zu erwarten, daß die be-
sagte Firma wird nunmehr geltend gemacht, daß
das Geschäft durch die Nichtvollendung der Affordarbeit des
Klagers einen Verlust in Höhe von 40 M. hätte leisten müssen.
Rägerschloffer sei entgegen, daß es bei der Firma Lindner
häufig vorkomme, daß das Afford nicht zureicht.

Das Gericht wies den Kläger mit seinem Anspruch ab, da
er nach der Arbeitsordnung verpflichtet gewesen sei, die über-
nommene Affordarbeit zu beenden. Die Arbeitsordnung ver-
bot in diesem Fall nicht gegen die Gewerbeordnung, denn die
Kündigung des Arbeitsverhältnisses seitens des Klägers vor der
fertigstellung der Affordarbeit müßte als rechtswidrig angesehen
werden. Selbstverständlich, ist dies es in der Begrün-
dung des Urteils, können die 21 M. Zinsen auch die
Arbeiter gegen die Unternehmer vorgehen, wenn sie
vor der Beendigung der Affordarbeit entlassen
würden.
Die Arbeiter werden dem Urteil in der Zeit der Entlassungen
die notwendige Beachtung schenken.

Die Gallesche Polizei schießt Vorlesung.

Wenn der preussische Unteroffizier seinen Dienst als Stell-
vertreter Gottes auf Erden, wie ihn ein Zentrumsmann so
schön bezeichnet, quittiert hat und als Militärverwaltungs-
bediensteter in den Dienst der Polizei tritt, so bleibt er allmählich
noch immer im himmlischen Dienste, nämlich in dem der Vor-
lesung. Wer's nicht glauben will, lese und fräume: Am Sonn-
tag, 21. Sept., wollte Hrl. Rüdiger Paulus aus Frankfurt a. M.
vom hiesigen Zoologischen Garten aus mit ihrem Aufstall,
eine Simmelfahrt unternehmen, nach welcher sie beabsichtigte
in für Halle ganz neuer Art, nämlich durch selbständige Um-
füllung des Ballonunterturtes in den Oberteil, welcher Vor-
gang sich beim Fallen des Ballons durch den Luftdruck von
unten vollzieht, niedrigerzulegen; ein Brauger, welcher die
hiesige, feste Luftschicht hier doch nicht etwa erst erobert
wollte. Die Gallesche Polizei fürchtete bei dieser Art der Nieder-
kunft einer ledigen Frauenperson, jedenfalls einen gefährlichen
Spreiztritt. Kurzum, wie die Gaalzeitung und das
polizeiliche Amtsblatt übereinstimmend zu verlesen wissen,
verbot die Polizei solche verdächtige Niederkunft. -
Nun kommt aber die Frage: hatte dies Verbot der
Galleschen Vorlesung - wollte sagen Polizei - auch
Geltung für alle Territorien außerhalb des Galleschen Polizei-
bezirks? - Käte Hrl. Paulus unbekümmert um die allwissende
Gallesche Vorlesung nicht in Sicherheit auch mit dem zum
Fällidrum ungefährligen Ballon "niederkommen" können? Würde
dies die Gallesche Polizei dies zu verhindern ein Recht ge-
haben oder zu verhindern vermocht? Sollte die Polizei in
ihrer Allwissenheit angenommen haben, daß der Ballon nur
auf Galleschen Gebiet und zwar so flegelnd, wie er aufge-
stiegen, landen müßte? Was dann, wenn gerade infolge dieser
allwissenden Vorlesung der irdischen Vorlesung die Luftschicht
verunreinigt zu werden? - Ist die Gallesche Polizei in der Ver-
antwortung zu hochverföhren, daß sie sich im launde führt, wärdigen
Luftschichtern maßgebende Vorlesungen über die Art ihres Ab-
stiegs zu machen? - Nächsten erloht vielleicht gar ein gän-
liches Verbot der Ballonfahrten im Luftgebiet der hiesigen
Vorlesung.

